de

Press release | 16.10.2012

Bericht zur Zukunft der EU

Europäisches Parlament legt vor, Rat rudert zurück

Im Vorfeld des am 18. und 19. Oktober anstehenden EU-Gipfels der Staats- und Regierungschefs hat der Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments (ECON) am Montag (15. Oktober) mit breiter pro-europäischer Mehrheit seine Position zum Bericht “Towards a genuine Economic and Monetary Union", dem sogenannten Van-Rompuy-Papier, abgestimmt. Mit diesem legislativen Initiativbericht hat das Europäische Parlament zu zentralen Zukunftsthemen der Eurozone klar Stellung bezogen und ein ganzes Bündel von EU-Maßnahmen gefordert. Die Kommission muss nun innerhalb eines Jahres einen Gesetzesvorschlag vorlegen, bzw. ihre Gründe gegenüber dem Europäischen Parlament erläutern, falls sie dem nicht folgt. Die endgültige Parlamentsposition muss jedoch noch vom Plenum beschlossen werden, das aber erst nach dem Europäischen Rat tage.

Sven Giegold, wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der Grünen im Europaparlament kommentiert die Abstimmung der ECON-Position zum Van-Rompuy-Papier:

“Eine breite Mehrheit der Abgeordneten des Wirtschafts- und Währungsausschusses (ECON) hat heute eine starke Position verabschiedet, die europäische Auswege aus der Krise aufzeigt. Damit hebt sich das Europäische Parlament auf konstruktive Weise vom Rat ab, der gegenüber vorherigen Entwürfen des Van-Rompuy-Papiers, zurückgerudert ist. Dies gilt insbesondere für die Koordination der Haushaltspolitik und der Harmonisierung von Steuern. Es entspricht dem üblichen intergouvernementalen kleinsten gemeinsamen Nenner, dass der aktuelle Text des Rates den Vorschlag zur Begrenzung neuer Staatsschulden zurückgenommen hat. Noch schlimmer ist jedoch, dass konkrete Maßnahmen gegen Steuerdumping genauso fehlen, wie konkrete Fortschritte bei der zinsgünstigen Finanzierung der Altschulden.

Die Abgeordneten sprechen sich dagegen klar für einen Schuldentilgungsfonds aus, der es Mitgliedsstaaten der Eurozone unter strikten Auflagen ermöglicht, zinsgünstiger ihre Verschuldung zu finanzieren und abzutragen. Außerdem sollen durch einen Europäischen Sozialpakt die negativen Auswirkungen der Krise durch Maßnahmen, wie eine Europäische Beschäftigungsgarantie für Jugendliche, bekämpft werden.

Zudem nimmt die ECON-Position die Einnahmeseite besser ins Blickfeld, indem verbesserte steuerpolitische Koordination zum effektiveren Vorgehen gegen Steuerdumping gefordert werden. Eine wichtige Grüne Forderung unterstützt der Ausschuss hinsichtlich der EU 2020-Ziele, wie Armutsbekämpfung und Klimaschutz: Diese sollen für die Mitgliedsstaaten verbindlich werden und damit die negativen Folgen der Austeritätspolitik begrenzen.

Schwächen hat die Parlamentsposition bei der Senkung makroökonomischer Ungleichgewichte, denn konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung dieser wesentlichen Krisenursache fehlen.

Kleiner Wermutstropfen: Eine Minderheit von Europaskeptikern stimmte gegen den Bericht und konnte dabei auf die Unterstützung einiger sonst pro-europäischer konservativer Abgeordneter, u. a. Werner Langen (CDU/EVP), zählen und die Vertreter der Linksfraktion (GUE) waren leider abwesend. Bei den Vertretern der liberalen Fraktion im ECON-Ausschuss scheinen ein „Europäischer Sozialpakt" nicht auf Gegenliebe zu stoßen. Sie lehnten ihn leider ab.

Trotzdem ist die breite Mehrheit angesichts der Uneinigkeit des Rates ein Signal. Er ist jetzt gefordert, diese konstruktive und effektive ECON-Position bei seiner Arbeit zu aufzunehmen."

Anmerkungen:

Den Entwurf zur ECON-Position zum Van-Rompuy-Papier finden Sie hier: http://bit.ly/SYbddf

Die im ECON ausgehandelten und unterstützten Kompromisse finden Sie hier: http://bit.ly/OCHs5f

Das Van-Rompuy-Papier (Zwischenbericht) finden Sie hier: http://bit.ly/WetklX

Einen übersichtlichen Vergleich der Kernpunkte des Van-Rompuy-Papiers (Zwischenbericht) und der Position des Europäischen Parlaments ("Towards a genuine Economic and Monetary Union - Thyssen-Bericht) finden Sie hier: http://bit.ly/T7rjaG

Recommended

Press release

©jonathan-marchal



Tilly METZ elected European Parliament Vice-President

12.11.2026

Press release



[Ukrainian children in Russia: Parliament to call for u…]

11.11.2026

Press release

Tim Hurst (CC BY-SA 2.0)



[Methane Regulation: European Parliament capitulates to…]

22.10.2026

Press release

European Council



Meet Nicolae Ștefănuță at the Summit of Heads of State…

15.10.2026

Responsible MEPs



Sven Giegold

Member

Please share

- E-Mail